

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt

## Schwerin

Datum: 2007-01-03

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/  
Ortsbeiräte  
Bearbeiter: Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Telefon:

### Antrag Drucksache Nr.

01447/2007

**öffentlich**

### Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

### Betreff

Strategische Umweltprüfung

### Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, einen Bericht über den Vorbereitungsstand der Verwaltung auf die neue Umweltgesetzgebung bzgl. Öffentlichkeitsbeteiligung vorzulegen. T.: StV v. 26.3.2007

### Begründung

Nach langjährigen Beratungen und unter Fortschreibung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltrecht sind EU-Verordnungen in deutsches Recht überführt worden, die eine expansivere Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben vorschreiben. Diese breiter angelegte Öffentlichkeitsbeteiligung wird als „strategische Umweltprüfung“ bereits 2007 das Verwaltungshandeln bei der gesamten Stadtplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, BImSchG, UVPs, Abfallwirtschaftsplänen etc.) bestimmen, wobei möglicherweise personelle und verwaltungsrechtliche Ressourcen bereitzustellen bzw. neu zu ordnen sein werden. Die Gestzlichkeiten, die hierzu verpflichten und die auch den Flächenverbrauch bei der Bebauungsplanung im Innen- und Außenbereich unter verpflichtenden Abwägungsschutz stellen, sind u.a. das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz v. 9.12.2006, das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz v. 7.12.2006 sowie die EG-VO Nr. 1367/2006 v. 6.9.2006 (Arhus-Übereinkommen). Auch die Einspruchs- und Rechtsmittelmöglichkeiten der NGOs verbessern sich über das bisherige Instrumentarium des § 29 BNatSchG hinaus und stehen ausdrücklich diametral zur Auffassung von Wirtschaftskreisen (u.a. IHK zu Schwerin), die u.a. im Rahmen der im übrigen fruchtbaren Debatte über die BUGA 2009 sogar die Abschaffung des Verbandsklagerechts gefordert hatten. Die Gesetzgebung geht in die völlig andere Richtung, vorgegeben von der EU – und das ist auch gut so.

**über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr**

**Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---**

**Deckungsvorschlag**

**Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---**

**Anlagen:**

keine

gez. Manfred Strauß  
Fraktionsvorsitzender